

Mach' meinen Kumpel nicht an!

MACH' MEINEN KUMPEL NICHT AN!

AKTIV FÜR CHANCEN-GLEICHHEIT

JULI/AUGUST 2017



Leitfaden der GEW Bayern

Abschiebungen aus Schulen und Betrieben

Der Landesverband Bayern der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat im Juni einen von Rechtsanwalt Hubert Heinhold erstellten Leitfaden zum Thema „Abschiebungen aus Schulen und Betrieben - Informationen und Hinweise für Beschäftigte im Bildungsbereich“ veröffentlicht. Die erklärte Absicht der Politik, die Zahl der Abschiebungen zu steigern, führte in letzter Zeit dazu, dass auch Schülerinnen und Schüler aus Schulen zur Abschiebung abgeholt wurden. So geschehen in einer Schule in Nürnberg, bei der es bei der versuchten Abschiebung eines afghanischen Jungen zu Protesten kam. Im Vorfeld wurden in Bayern Schulleitungen und Lehrkräfte zur Kooperation mit der Polizei aufgefordert. Die Reaktionen schwanken zwischen Empörung und Achselzucken. Dieser Leitfaden will notwendige Informationen vermitteln, um die eigenen Handlungsmöglichkeiten abschätzen zu können. Er gibt einen allgemeinen Überblick zu unterschiedlichen Rechtsbegriffen, Handlungsempfehlungen für den Fall einer Abschiebung und konkretisiert die Kooperationspflicht von Beschäftigten in Bildungseinrichtungen. Den Leitfaden findet Ihr zum Download unter: www.gew-bayern.de/Leitfaden_Abschiebung



Gegen Hass und Hetze in sozialen Medien

Tagung der Gelben Hand in Nürnberg zu rechter Propaganda im Netz



„Jede einzelne Nutzerin und jeder einzelne Nutzer ist gefordert, neonazistische Äußerungen in sozialen Medien nicht zu ignorieren, sondern Rechtsextremen im Netz konsequent die Rote Karte zu zeigen“, appellierte der Vorsitzende der Gelben Hand, Giovanni Pollice, bei der Eröffnung der Tagung angesichts der teils besorgniserregenden Entwicklungen von Hasskommentaren und Fake News im digitalen Raum. „Hetzen und Täuschen – Rechte Strukturen in den sozialen Medien“ lautete das Thema der diesjährigen Tagung der Gelben Hand in Nürnberg. Rund 70 interessierte Aktive und Fördermitglieder aus Gewerkschaft und Zivilgesellschaft kamen am 23. und 24. Juni zusammen. Die Rote Karte, so Pollice weiter, müssten aber auch die Plattformen und Internetdienst den Rechten zeigen. Bei aller berechtigter Kritik, begrüßte der Vorsitzende daher die Gesetzesinitiative des Justizministers Heiko Maas, Hasskriminalität stärker zu verfolgen und zu sanktionieren. Denn die Formen rechter Agitation sind vielfältig, sie reichen von gezielter Desinformation vermeintlicher Nachrichtenportale, über Hasskommentare und Hetze bis zu Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit bestimmter rechtspopulistischer und rechtsextremer Gruppen. „Wie nutzen rechte Organisationen das Internet?“ lautete daher der einführende Vortrag von Simone Rafael von der Amadeu Antonio Stiftung - einer Stiftung, die sich mit ihren Projekten gegen Rassismus und Rechtsextremismus einsetzt. Simone Rafael ist Chefredakteurin des Onlineportals „Netz gegen Nazis“, das sich heute „www.belltower.news - Netz für digitale Zivilgesellschaft“ nennt und den facettenreichen Formen der Menschenfeindlichkeit im Netz eine demokratische Haltung entgegensetzen will.

Damit demokratisches Engagement im Internet nicht versandet, sondern wirkt, hilft es, Strukturen und Formen rechtsextremer und rechtspopulistischer Propaganda zu verstehen. „Wir haben es mit ideologischen Überzeugungstätern und -täterinnen zu tun, die viel Zeit und Engagement investieren, um ihre rassistischen, islamfeindlichen oder antisemitischen Botschaften im Internet zu verbreiten“, sagte Simone Rafael, „und diese werden befeuert durch ein dichtes Online-Netzwerk von ‚alternativen‘ rechtspopulistischen oder rechtsextremen Facebook-Seiten und ‚Medien‘, Parteien und Organisationen, die Nahrung für als ‚Ängste‘ verkleideten Rassismus bieten.“ Für die Gegenrede sei Medienkompetenz ebenso wichtig wie eine klare und entschlossene Haltung pro Demokratie und Menschenrechte.

Am zweiten Tag hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dann die Möglichkeit in drei verschiedenen Foren, themenspezifisch die Inhalte zu vertiefen und mit den Expertinnen und Experten in den Dialog zu kommen. Im ersten Forum standen die Strategien der jungen Gruppe der „Identitären Bewegung“ im Fokus. Anna-Lena Herkenhoff von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus in Münster erläuterte unter dem Titel „Die Jugend ansprechen – Wie präsentiert sich die Identitäre Bewegung im Internet?“ die moderne, professionelle und daher für Jugendliche attraktive Inszenierung dieser im Kern völkischen und rechtsextremen Gruppierung. Fabian Jellonek, von der politischen Bildungsplattform achtsegel.org, ging im zweiten Workshop der Frage nach: „Wie manipulativ ist das Internet?“ Fake News und rechte Internetportale, die gezielt verkürzte und manipulierte Nachrichten verbreiten, wurden im Forum vorgestellt. Wichtig für den Umgang mit Fake News, so Jellonek, sei eine genaue Recherche der Quelle, bevor man Meldungen „teilt“ oder weiterverbreitet. Dafür könne man Seiten wie hoaxmap.org zu Rate ziehen, diese leisten gute Aufklärungsarbeit und entlarven Fake News.

Gegenstrategien zu „Hate Speech“, sogenannten Hasskommentaren, in sozialen Medien war Thema im dritten Forum. Mark Haarfeldt, Referent der Gelben Hand, informierte darüber, wie man sich auch im Netz gegen Hass zu Wehr setzen könne, in dem man auch da „widerspricht“, faktenbasiert argumentiert, aber auch Solidarität im Netz organisiert, wie beispielweise mit der Initiative #ichbinhier, einer Facebook-Gruppe gegen die Hassrede. In ihrem Schlusswort unterstrich daher die Geschäftsführerin der Gelben Hand, Dr. Klaudia Tietze, wie wichtig es sei, sich auch im Netz aktiv zur Wehr zu setzen und so die demokratische Kultur auch digital zu stärken.

Mehr Infos zu rechten Strukturen im Netz unter:

www.belltower.news/ und <http://achtsegel.org/>



Giovanni Pollice, Vorsitzender der Gelben Hand

Arbeiterbewegung von rechts?

Dreitägige Konferenz in Jena zu Rechtspopulismus in der Arbeitswelt

„Ich hätte kein Problem damit, Buchenwald wieder aufzumachen, einen Stacheldraht ringsherum, die dort rein, wir dort draußen.“ Dies ist eine protokollierte Aussage eines Betriebsrates in Ostdeutschland im Zusammenhang mit der Flüchtlingsdebatte. „Das ist mit Sicherheit eine extreme Einzelmeinung, dennoch: es ist alarmierend“, sagt Prof. Klaus Dörre, der renommierte Soziologe und Arbeitsforscher der Universität in Jena. Gemeinsam mit seinem Team führt Dörre momentan eine Einstellungsumfrage und Interviews unter Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern sowie Betriebsrätinnen und Betriebsräten in den neuen Bundesländern durch. „Es ist eine Minderheit in den Gewerkschaften, die mit Rechtspopulisten sympathisiert. Aber was wir sehen, ist, dass es für manche wenige Betriebsräte und Gewerkschafter keinen Widerspruch darstellt, an einem Tag am gewerkschaftlichen Streik teilzunehmen, und am nächsten den Bus zur Pegida-Demo zu organisieren. In dieser Offenheit hat das eine neue Qualität“, erklärt Prof. Dörre. Diese neue Dimension war für den Professor der Grund und Auslöser, das Phänomen rechtspopulistischer, rassistischer Einstellungsmuster in der Arbeitswelt in einer Konferenz aufzugreifen. „Arbeiterbewegung von rechts?“ lautete der Titel der dreitägigen Konferenz des Postwachstumskollegs der Uni Jena und der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen vom 22. bis 24. Juni in Jena. Zahlreiche nationale und internationale Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik und Gewerkschaft beleuchteten das Thema, suchten nach Ursachen und Antworten.



Unser Fördermitglied Annelie Buntenbach (r.), DGB-Bundesvorstand, diskutiert u.a. mit Bodo Ramelow, Ministerpräsident von Thüringen (2.v.l.) ebenso Fördermitglied der Gelben Hand.

Mit dabei war auch Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Er sprach den Input für das Panel zu „Gewerkschaften und Rechtspopulismus“. Urban benannte die existierenden Tendenzen, ordnete sie aber auch ein: „Offen rechtspopulistische Aktivitäten in den Betrieben sind die absolute Ausnahme, als Massenorganisation haben wir jedoch auch Mitglieder, deren Denken mit gewerkschaftlichen Wertorientierungen nicht kompatibel ist“, so Urban. Ursachen dafür sieht er vor allem in den sozialen Verwerfungen bedingt durch die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte: „Die zunehmende Neoliberalisierung und der Abbau sozialstaatlicher Leistungen haben zu einer enormen sozialen Polarisierung geführt, die politisch kaum thematisiert wird und ganz reale Abstiegsängste zur Folge hat. Die Rechtspopulisten fangen diese Ängste mit ihren Scheinlösungen auf.“

Diese „Scheinlösungen“ der Rechtspopulisten aufzudecken, zu entlarven, das sei auch Aufgabe der Gewerkschaften, forderte Annelie Buntenbach, DGB-Bundesvorstandsmitglied und als Diskutant auf dem Abschlusspodium der Konferenz vertreten: „Gerade wir Gewerkschaften sind gefordert, nicht zuzulassen, dass die AfD sich ein soziales Mäntelchen umhängt. Sie versucht damit, die sogenannten ‚kleinen Leute‘ zu erreichen, die sie als Zielgruppe ausgemacht hat, aber weder mit ihrem Programm noch in ihrem Handeln hat sie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern etwas zu bieten, da wimmelt es von Widersprüchen und neoliberalen Glaubenssätzen.“

Was dann oftmals passiere, sei eine Kulturalisierung der im Kern sozialen Problemlagen: „Bei den Rechtspopulisten wird jede soziale Frage bei genauerem Hinsehen zu einer ethnischen bzw. ‚völkischen‘. Das einzige, was wirklich konkret ist, ist ihre Verachtung und Abwehr von Geflüchteten und allen, die nicht zu den Ureinwohnern Deutschlands gehören. Wir müssen dieser rassistischen Menschenverachtung und dem ständigen Versuch der gesellschaftlichen Spaltung klar entgegenzutreten, in den Betrieben und überall im öffentlichen Raum.“

Prof. Dörre spricht den Gewerkschaften daher eine große demokratiepolitische Verantwortung zu: „Das sind die einzigen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die diese Menschen noch erreichen.“ Daher sei es wichtig, behutsam vorzugehen, Menschen zurückzugewinnen und zu überzeugen, aber auch klare Grenzen zu setzen. Prof. Dörres Ursachenanalyse stellt ebenfalls soziale Fehlentwicklungen, die Einkommenseinbußen in den letzten 20 Jahren und die Prekarisierung, an den Anfang: „Es gibt Menschen, die fühlen sich von der Entwicklung abgekoppelt. Da ist das Gefühl einer kollektiven Abwertung und Benachteiligung.“ Häufig handele es sich um eine verdrängte Klassenproblematik: „Arbeiterinnen und Arbeiter verorten sich selbst in der Mitte der Gesellschaft, sehen aber ihre Arbeitsleistung nicht angemessen gewürdigt.“ Je weniger sie in den Verteilungskämpfen zwischen oben und unten herausholen könnten, desto eher neigten sie dazu, diesen Konflikt in einen zwischen innen und außen umzudeuten, wie bei der Flüchtlingsfrage. „Da setzen dann die Ressentiments ein. Da geht es weniger um den konkreten Arbeitsplatz, als um einen generellen Statusverlust. Man wertet andere, etwa angehörige islamischer Religionsgemeinschaften, symbolisch ab, um sich selbst aufzuwerten. Dieser ‚Rassismus ohne Rassen‘ wird von Rechtspopulisten gezielt geschürt.“ Dabei seien Flüchtlinge nur eine Projektionsfläche, die austauschbar sei, so der Soziologe. Im Kern, so scheint es, liegt die Lösung auch in der

Frage nach sozialer Gerechtigkeit und dem Empfinden „gehört“ zu werden. Ein Punkt, den auch Hans-Jürgen Urban für zentral hält: „Wir müssen klare Kante zeigen: Rassismus und Hetzerei werden bei uns nicht geduldet. Gleichzeitig müssen wir aber den über die wachsende Ungerechtigkeit Empörten ein politisches Angebot machen. Es geht darum, populistische Scheinlösungen als solche erkennbar zu machen und gemeinsam solidarische Antworten zu entwickeln – denn wer wirklich etwas tun will für mehr Gerechtigkeit, der ist bei Gewerkschaften gut und unter Rassisten und Nationalisten denkbar schlecht aufgehoben.“ Annelie Buntenbach sieht hier die Politik, aber auch die Gewerkschaften in der Pflicht: „Unsere Demokratie braucht mehr echte Beteiligung und lösungsbezogene Diskussionen, in die die Betroffenen ernsthaft einbezogen werden, über konkrete und grundsätzliche gesellschaftliche und auch betriebliche Fragen. Da muss die Politik sich gründlich ändern, aber da müssen wir uns auch als Gewerkschaften weiterentwickeln.“ Um Menschen zu motivieren, sich wieder am demokratischen Prozess zu beteiligen, brauche es mehr inklusive, demokratische politische Bildung, die soziale Ungleichheit als solche auch thematisiert und sich am Alltagsbewusstsein der Menschen orientiert, fordert Prof. Dörre. „Grundsätzlich müssen wir wieder die Gemeinsamkeiten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Vordergrund stellen und die Solidarität stärken. Anstatt einer Arbeiterbewegung von rechts braucht es den Entwurf einer besseren Gesellschaft – von links.“



Tagung der DFG-KOLLEGFORSCHER_INNENGRUPPE
Postwachstumsgesellschaften und der
LANDESZENTRALE für politische Bildung Thüringen
22.–24. Juni 2017, Jena



Hans-Jürgen Urban, IG Metall-Hauptvorstand und unser Fördermitglied, bei seinem Referat.

„Schutz vor Benachteiligung muss effektiver werden“

ver.di veranstaltet Gender Fachdialog zu Antidiskriminierung



Dagmar König, Mitglied im ver.di-Bundesvorstand.
(Foto: Danny Prusseit)

„11 Jahre Antidiskriminierungsgesetz – Anforderungen an gelebte Vielfalt in der Arbeitswelt“ lautete der Titel des Fachdialogs, zu dem der Bereich Genderpolitik in Kooperation mit dem Referat Migrationspolitik am 07. Juli 2017 in die ver.di Bundesverwaltung einlud. Unterstützt wurde die von circa einhundert Teilnehmerinnen und Teilnehmern besuchte Veranstaltung vom Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung. Dagmar König, Mitglied des ver.di Bundesvorstands, unter anderem für das Themengebiet der Migrationspolitik zuständig, verwies in ihrem Grußwort zu Beginn der Veranstaltung auf die Bedeutung der Frauenförderung für eine demokratische und geschlechtergerechte Gesellschaft: „Lasst uns an diese guten Beispiele anknüpfen und daran arbeiten, Diskriminierung jedweder Art aktiv anzugehen und für eine inklusive Arbeitswelt zu streiten. Das bleibt unser gewerkschaftliches Ziel und dafür brauchen wir entsprechende gesetzliche Grundlagen.“

Ein Schwerpunkt des Fachdialogs war die im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) durchgeführte Evaluation, die die Wirkung und den Reformbedarf des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) anlässlich des zehnten Jahrestags des Inkrafttretens des Gesetzes untersuchte. Christine Lüders, Leiterin der ADS begrüßte die mit dem AGG verbundenen Ent-

wicklungen: „Diskriminierung im Arbeitsleben ist heute klar geächtet und wird zunehmend offen thematisiert“. Die Einführung des AGG war ein Meilenstein“, sagte Lüders. „Jede und jeder Einzelne in Deutschland hat seitdem ein Recht auf Gleichbehandlung im Arbeitsleben und bei Alltagsgeschäften. Wenn Menschen dieses Recht durchsetzen wollen, sind die Hürden aber oft zu hoch. Der Schutz vor Benachteiligungen muss effektiver werden.“

Daran anknüpfend führte die an der Evaluation beteiligte Rechtsanwältin Micha Klapp aus, an welchen Stellen nachgesteuert werden müsse, um der Diskriminierung gerade im Arbeitsleben effektiver begegnen zu können. Dabei seien insbesondere drei Aspekte hervorzuheben. Zunächst gelte es die Frist zur Geltendmachung von zwei auf sechs Monate verlängern. Derzeit müssen Menschen, die Diskriminierung erfahren, ihre Ansprüche auf Schadensersatz und/oder Entschädigung innerhalb von zwei Monaten schriftlich geltend machen. Die Beratungspraxis zeigt, dass daran viele Betroffene scheitern: Sie zögern mit der schwierigen Entscheidung, eine Diskriminierung öffentlich zu machen, oder sind nicht ausreichend über ihre Rechte informiert. Daher wäre eine Verlängerung der Frist auf sechs Monate hilfreich.

Darüberhinaus bedürfe es eines Klagerechts für Antidiskriminierungsverbände. Betroffene schrecken oft vor den Belastungen zurück, als alleinige Klägerin oder Kläger die Diskriminierungserfahrungen vor Gericht zu schildern und die Rechte durchsetzen. Für einen effektiven Rechtsschutz wäre es daher sinnvoll, die gesetzliche Stellung und die Befugnisse der Antidiskriminierungsverbände auszuweiten: durch eine sog. Prozessstandschaft und ein Verbandsklagerecht, so dass Verbände Prozesse für Betroffene führen können. In anderen Bereichen, etwa dem Umweltrecht, wird dies bereits erfolgreich praktiziert.

Letztlich müsse der Schutz auch bei Fremdpersonaleinsatz gesichert sein. Bisher wird beim Diskriminierungsschutz für Fremdpersonal rechtlich mit zweierlei Maß gemessen: Das AGG gilt nur bei „klassischer“ Leiharbeit, nicht aber bei vergleichbaren Situationen von Fremdpersonaleinsatz. Immer häufiger aber wird Fremdpersonal im Rahmen von Werk- oder Dienstverträgen in einem Betrieb eingesetzt. Im Verhältnis zum Betriebsinhaber besteht dann kein Schutz durch das AGG. Dieser fehlende Schutz betrifft vor allem Menschen im Niedriglohnbereich - in nächster Zeit damit voraussichtlich auch verstärkt Flüchtlinge, die in den Arbeitsmarkt einsteigen.

Am Nachmittag wurde mit Diversity-Expertinnen und -experten und Aktiven aus der betrieblichen und gewerkschaftlichen Praxis über die Herausforderung gesprochen, dem AGG mehr Leben einzuhauchen. Andreas Merx, Diversity-Trainer, sprach davon, dass es bei einer hohen Dunkelziffer von Fällen noch viel zu selten betrieblich Beschwerdestellen gäbe. Hier anknüpfend stellte Erdogan Kaya, Vorsitzender des ver.di Bundesmigrationsausschusses fest, dass dies auch die Aufgabe der Gewerkschaften sei. Schließlich sei es auch über tarifvertragliche Regelungen möglich, entsprechende Anlaufstellen einzurichten, um den Antidiskriminierungsschutz betrieblich zu verankern. In der Diskussion teilten viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Meinung, dass es einen intensivierten innergewerkschaftlichen Austausch brauche, um dem mit dem AGG verbundenen gesellschaftlichen Ziel, dem Gleichbehandlungsgrundsatz des Grundgesetzes, zur Durchsetzung zu verhelfen.

Mehr Informationen zum Thema und Impressionen zur Veranstaltung unter:

<https://arbeitsmarkt-und-sozialpolitik.verdi.de/ueber-uns/nachrichten/++co++abd4ca48-653c-11e7-86a9-525400ff2b0e>

Zusammenleben in Vielfalt

Gelbe Hand beim Vertrauensleute-Sommerfest der SCA Hygiene Products

„Vielfalt war und ist für das Unternehmen, den Betriebsrat und die Vertrauensleute eine Selbstverständlichkeit, die wir tagtäglich leben“, betonte Frank Gottselig, Betriebsratsvorsitzender des SCA Hygiene Products in Mannheim und Fördermitglied des Kumpelvereins, „am Standort arbeiten Kolleginnen und Kollegen jeden Geschlechts und Alters aus mehr als 40 Nationen gemeinsam für den Erfolg des Unternehmens.“ Anfang Juli fand das Sommerfest der gewerkschaftlichen Vertrauensleute der SCA Hygiene Products statt, zu dem rund 500 Gäste angemeldet waren. Auch unser Vorsitzender Giovanni Pollice war mit dem Stand der Gelben Hand vor Ort. Die Veranstaltung stand dieses Jahr, neben der Ehrung der Gewerkschaftsjubilare, ganz im Zeichen des Zusammenlebens in Vielfalt. So fand in diesem Rahmen auch ein Fußballspiel zwischen Azubis und jungen Ge-

flüchteten statt. Eine Aktivität, um die Integration, das Miteinander und das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen zu fördern. Dass dies dem Unternehmen ein Anliegen ist, zeigt die Tatsache, dass SCA gemeinsam mit anderen international agierenden Betrieben, schon im letzten November die „Mannheimer Erklärung für ein Zusammenleben in Vielfalt“ unterzeichnete. Dabei handelt es sich um eine lokale Initiative, bei der Institutionen, sich gegen Diskriminierung und für Chancengleichheit und ein respektvolles Zusammenleben in Vielfalt engagieren. Mittlerweile gibt es über 200 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner. Für den Werksleiter Roger Schilling ist das ein wichtiger Impuls: „Es war für uns auch selbstverständlich, zusammen mit zahlreichen anderen Mannheimer Unternehmen und Institutionen, die Mannheimer Erklärung für ein Zusammenleben in

Vielfalt zu unterzeichnen, um gemeinsam ein Zeichen zu setzen und uns immer wieder für Vielfalt stark zu machen.“ Auch das Sommerfest war Teil dieses Engagements. Zahlreiche neue Fördermitglieder aus dem Unternehmen schlossen sich im Verlauf des Sommerfestes der Gelben Hand an, um die Arbeit des Kumpelvereins zu unterstützen – für die Vielfalt, gegen Ausgrenzung.



v.l. Giovanni Pollice, Vorsitzender der Gelben Hand, Francesco Grioli, IG BCE-Landesbezirksleiter Rheinland-Pfalz/Saarland, Frank Gottselig, Betriebsratsvorsitzender SCA Mannheim

„Ehe für alle ist ein wichtiges Signal“

DGB-Vize Elke Hannack zur Ehe für alle



Elke Hannack, stellvertretende Vorsitzende des DGB (DGB/Simone M. Neumann)

Der Bundestag hat die Ehe für alle mit großer Mehrheit beschlossen und den Weg für die Gleichheit von lesbischen und schwulen Paaren vor dem Gesetz frei gemacht. Diese Entscheidung war überfällig, denn die Gesellschaft ist – wie oft – schon weiter. 80 Prozent der Deutschen sprechen sich für die Ehe für alle aus. „Das ist ein gutes und wichtiges Signal, nachdem uns selbst das katholische Irland schon einen Schritt voraus ist. Lesbische und schwule Paare müssen sich nun endlich nicht mehr mit einem Trauschein zweiter Klasse zufriedengeben. Den Kampf gegen die alltägliche Diskriminierung haben wir damit allerdings noch lange nicht gewonnen“, sagte Elke Hannack, stellvertretende DGB-Vorsitzende und Fördermitglied der Gelben Hand. Über die Hälfte aller Lesben und Schwulen haben schon einmal Diskriminierung am Arbeitsplatz erfahren. „Deshalb brauchen wir in den Betrieben und Unternehmen ein Diversity Management, das für eine offene und diskriminierungsfreie Arbeitskultur sorgt und Vielfalt am Arbeitsplatz unterstützt.“ Die Gewerkschaften und die Gelbe Hand leisten hierfür ihren Beitrag, sie stehen für Gleichbehandlung in der Arbeitswelt und engagieren sich aktiv für die Rechte von Homosexuellen. So hat beispielsweise die DGB-Jugend Köln im Vorfeld des Christopher Street Days (CSD) Anfang Juli eine Vortrag zur „Verfolgung von LGBTI*“ (englische Abkürzung: lesbian, gay, bisexual, transsexual, intersexual. Anm. d. Red.) während der Zeit des Nationalsozialismus“ gemeinsam mit dem AStA der Uni Köln und dem „CSG - Centrum Schwule Geschichte Köln“ organisiert. Auch am Tag des CSD selbst waren die jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter der DGB-Jugend Köln auf der bunten Demonstration, um gegen jegliche Diskriminierung einzustehen. Die Gelbe Hand wird am 22. Juli ebenfalls auf dem CSD in Berlin vertreten sein und ein Zeichen für eine bunte, vielfältige und inklusive Gesellschaft setzen.

Pro Menschenrechte. Contra Vorurteile.

Broschüre des Monats

Die öffentlichen Diskussionen über Asylpolitik in Deutschland und Europa sind seit nunmehr zwei Jahren wieder häufiger und heftiger geworden. In einem Teil der Gesellschaft gibt es Unsicherheiten, Informationsmangel, mitunter Vorurteile und Ressentiments. Auf der anderen Seite ist die Solidarität mit Flüchtlingen in Deutschland heute so groß wie nie zuvor. Viele Menschen stellen sich rassistischer Stimmungsmache entgegen. Um sie zu



unterstützen, haben Pro Asyl gemeinsam mit ver.di, der IG Metall und der Amadeu Antonio Stiftung in der Publikation „Pro Menschenrechte. Contra Vorurteile. Fakten und Argumente zur Debatte um Flüchtlinge in Deutschland und Europa“ Informationen für eine sachliche Diskussion zusammengetragen – in inzwischen dritter, überarbeiteter Auflage. Es werden 14 allzu oft gängige Thesen und Vorurteile, die in der öffentlichen Diskussion, am Arbeitsplatz oder in sozialen Medien vorherrschen, widerlegt. Im Anschluss gibt es einige Tipps, wie man sich weiter für das Recht auf Asyl engagieren kann. Die Broschüre findet ihr unter: <https://www.proasyl.de/thema/fakten-zahlen-argumente/fakten-gegen-vorurteile-2/>

Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch in den letzten Wochen konnten wir neue Fördermitglieder gewinnen. An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für ihre Unterstützung.

Nachfolgend die Namen:

1. **Tony Andersson**, IG BCE, Projekt Engineer, Betriebsratsmitglied Fa. Essity, Werk Kostheim, Ginsheim
2. **Thorsten Becherer**, Betriebsleiter Fa. Essity, Werk Kostheim, Mainz
3. **Martin Birkner**, IG BCE, DGB Jugendsekretär Region Niederbayern, Landshut, Krumbach
4. **Grischa Bischoff**, ver.di, ehem. Betriebsratsmitglied, Leichlingen
5. **Uwe Dörzenbach**, IG BCE, freigestelltes Betriebsratsmitglied Fa. Essity, Werk Mannheim, Mannheim
6. **Franziska Graf**, IG BCE, Vorsitzende des BJA Nordostbayern, Mantel
7. **Julia Grioli**, IG BCE, Referentin des IG BCE Vorsitzenden, Ronnenberg
8. **Jörg Hofmann**, IG Metall Vorsitzender, Frankfurt/Main
9. **Klaus Huth**, IG BCE, BR-Vorsitzender Fa. Essity, Werk Kostheim, Kostheim
10. **Ruben Kassebaum**, EVG, Edemissen
11. **Wolf-Dieter Klink**, ver.di, Vorsitzender des LAK-Behindertenpolitik BA-WÜ, Tübingen
12. **David Knorr**, Politikwissenschaftler, Bonn
13. **Petra Köster**, IG Metall, ver.di, Bildungsreferentin HVHS Springe, Hannover
14. **Gabriel Kunze**, Geschäftsführer des Kinder- und Jugendrings Bonn e.V., Mitglied im Ausschuss für Planung, Verkehr und Denkmalschutz der Stadt Bonn, Bonn
15. **Yves Lagarde**, Human Resources Director Fa. Essity, Mannheim
16. **Michael Lieske**, EVG, stellv. Bundesjugendleiter, Kiel
17. **Jan Mrosek**, IG BCE, Jugendbildungsreferent DGB-Region Mülheim-Essen-Oberhausen, Oer-Erkenschwick
18. **Hermann Nehls**, DGB BV, Referatsleiter Bereich Migrations- und Antirassismuspolitik, Berlin
19. **Asiye Oeztuerk**, ver.di, Leiterin des Fachbereich Grundsatz der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Bonn
20. **Aysel Öktem**, IG BCE, freigestelltes Betriebsratsmitglied Fa. Essity, Werk Mannheim, Mannheim
21. **Binnaz Öztoprak**, ver.di, Stadtverordnete Bonn, Bonn
22. **Tuncay Öztürk**, IG Metall, Kaufbeuren
23. **Bernhard Riede**, Geschäftsführer Fa. Essity, Kallstadt
24. **Serpil Sarikaya**, IG BAU, Sachbearbeiterin beim Bundesvorstand Abt. Strategische Planung und Controlling, Kreistagsabgeordnete im Kreis Offenbach, Neu-Isenburg
25. **Roger Schilling**, Geschäftsführer Fa. Essity, Werk Mannheim, Reichartshausen
26. **Sebastian Schuhmacher**, IG BCE, Fachanwalt für Arbeitsrecht, Ladenburg
27. **Ulf Teichmann**, ver.di, Bildungsreferent DGB-Bildungswerk Bund, Dortmund
28. **Maren Wenzel**, IG BCE, Vorsitzende der Jugend- und Ausbildungsververtretung (JAV) der BASF Ludwigshafen, Worms
29. **Anna Wilhelm**, IG BCE, Sekretärin zur Ausbildung, z. Z. Bezirk Alsdorf, Aachen
30. **Björn Wunderwaldt**, GEW, ver.di, IG Metall, NGG, IG BAU, Teamer DGB Jugend NRW, Dortmund
31. **Serdar Yüksel**, ver.di, MdL NRW, Düsseldorf
32. **Fani Zaneta**, ver.di, politisches Verbindungsbüro beim Bundesvorstand, Berlin
33. **Volker Zöller**, President Consumer Goods Europe bei Essity, Wasserburg

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (Mindestbeitrag 36 € im Jahr) als auch durch eine Spende. Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichberechtigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt.

Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank

Giovanni Pollice, Vorsitzender

Impressum

Herausgeber:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.

Vorstand:

Giovanni Pollice (IG BCE), Romin Khan (ver.di), Ricarda Scholz (DGB), Kai Venohr (DGB-Bildungswerk), Holger Vermeer (IG BAU)

Verantwortlich für den Inhalt:

Giovanni Pollice

Koordination:

Dr. Klaudia Tietze

Redaktion:

Marco Jelic
Fotos: Gelbe Hand, Universität Jena, ver.di, DGB

Produktion:

Setzkasten GmbH, Düsseldorf
www.setzkasten.de
Tel.: 0211-40 800 900

Zuschriften/Kontakt:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211-4 30 11 93
info@gelbehand.de

Web:

www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand